

Amtsblatt für die Stadt Vetschau/Spreewald

„Neue Vetschauer Nachrichten“

Jahrgang 20

Vetschau/Spreewald, den 27. März 2010

Nummer 3

Impressum

Herausgeber: Stadt Vetschau/Spreewald, Schlossstraße 10, 03226 Vetschau/Spreewald

Verlag, Druck und Satz: Verlag + Druck Linus Wittich KG, 04916 Herzberg, An den Steinenden 10, Telefon (0 35 35) 4 89-0

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf und wird an alle erreichbaren Haushalte im Gebiet der Stadt Vetschau/Spreewald kostenlos verteilt.

Außerhalb des Verbreitungsgebietes kann das Amtsblatt zum Jahresabonnementspreis von 26,38 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Versand) über Verlag + Druck Linus Wittich KG, An den Steinenden 10, 04916 Herzberg bezogen werden.

Öffentliche Bekanntmachungen

Inhaltsverzeichnis der amtlichen Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen

- Amtliche Bekanntmachungen des hauptamtlichen Bürgermeisters
 - Bekanntmachung der Stadt Vetschau/Spreewald
 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2/2004 „Solarfeld Missen“ der Stadt Vetschau/Spreewald für den OT Missen - Satzungsbeschluss Seite 2
 - Bekanntmachung der Beschlüsse aus der 15. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.02.2010 Seite 2
 - Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für das Land Brandenburg für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubeitragsatzung) Seite 3
- Amtliche Bekanntmachung des Wahlleiters
 - Berufung einer Ersatzperson gemäß § 60 des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg (BbgKWahlG) Seite 7
- Amtliche Bekanntmachung des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe
 - Öffentliche Bekanntmachung eines Antrages nach § 9 Absatz 4 Grundbuchbereinigungsgesetz in der Gemarkung Vetschau im Bereich der Stadt Vetschau/Spreewald Seite 7

Bekanntmachung der Stadt Vetschau/Spreewald

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2/2004 „Solarfeld Missen“ der Stadt Vetschau/Spreewald für den OT Missen - Satzungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald hat in ihrer Sitzung am 25.02.2010 auf der Grundlage des § 10 (1) BauGB in der derzeit geltenden Fassung den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2/2004 „Solarfeld Missen“ mit integriertem Grünordnungsplan, Umweltbericht und Faunistischem Fachbeitrag zum Umweltbericht der Stadt Vetschau/Spreewald für den OT Missen, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) im Maßstab 1 : 2000, Stand Januar 2010, und dem Text, (Teil B), als Satzung beschlossen.

Die Begründung (Stand Januar 2010) wird gebilligt.

Der Durchführungsvertrag ist Bestandteil der Satzung mit den Anlagen 1, 2, 3 und 4.

Der Satzungsbeschluss wird gemäß § 10 Abs. 3 BauGB hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes geht aus dem in der Anlage beigefügten Übersichtsplan hervor. Er umfasst Flurstücke der Flur 2, Gemarkung Missen und Flurstück 90 der Flur 1, Gemarkung Ogrosen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ist aus dem rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan der Stadt Vetschau/Spreewald entwickelt worden. Eine Genehmigung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes durch die höhere Verwaltungsbehörde ist somit nicht erforderlich.

Die Plansatzung und deren Begründung kann im Bauamt der Stadt Vetschau/Spreewald, Schlosstr. 10, im Zimmer 302 zu den Sprechzeiten:

dienstags 9.00 bis 12.00 und 13.30 bis 17.30 Uhr und

donnerstags 9.00 bis 12.00 und 13.30 bis 15.30 Uhr

von jedermann eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden.

Gleichzeitig wird auf die Bekanntmachung in den Schaukästen der Stadt Vetschau/Spreewald:

- Schlosstraße/Parkeingang (Fußweg)
- Wilhelm-Pieck-Straße/gegenüber ehemaliges Feuerwehrgerätehaus

Ortsteil Missen:

- Missener Hauptstraße 37
- bewohnter Gemeindeteil Gahlen, Gahlener Dorfstraße 11, hingewiesen.

Gesetzliche Wirksamkeitsvoraussetzungen

Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden folgende Verletzungen von Vorschriften unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Vetschau/Spreewald unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind:

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisherige Nutzung durch diese Satzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Die Satzung tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Vetschau/Spreewald, den 05. März 2010



Bengt Kanzler
Bürgermeister

Plan siehe Seite 3.

Bekanntmachung der Beschlüsse aus der 15. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.02.2010

1. Berufung von sachkundigen Einwohnern in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung Vetschau/Spreewald gemäß 43 Abs. 4 Brandenburgische Kommunalverfassung

Vorlage: BV-StVV-209-09/1

Beschluss:

Gemäß § 43d Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Land Brandenburg (BbgKVerf) werden sachkundige Einwohner in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung Vetschau/Spreewald berufen:

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 19

Zustimmung: 19 Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2/2004 „Solarfeld Missen“ der Stadt Vetschau/Spreewald für den OT Missen
Satzungsbeschluss

Vorlage: BV-StVV-178-09

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald beschließt auf der Grundlage des § 10 (1) BauGB in der derzeit geltenden Fassung den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2/2004 „Solarfeld Missen“ mit integriertem Grünordnungsplan, Umweltbericht und Faunistischem Fachbeitrag zum Umweltbericht der Stadt Vetschau/Spreewald für den OT Missen, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) im Maßstab 1 : 2000, Stand Januar 2010, und dem Text, (Teil B), als Satzung.

Die Begründung (Stand Januar 2010) wird gebilligt.

Der Durchführungsvertrag ist Bestandteil der Satzung mit den Anlagen 1, 2, 3 und 4.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 19

Zustimmung: 18 Ablehnung: 0

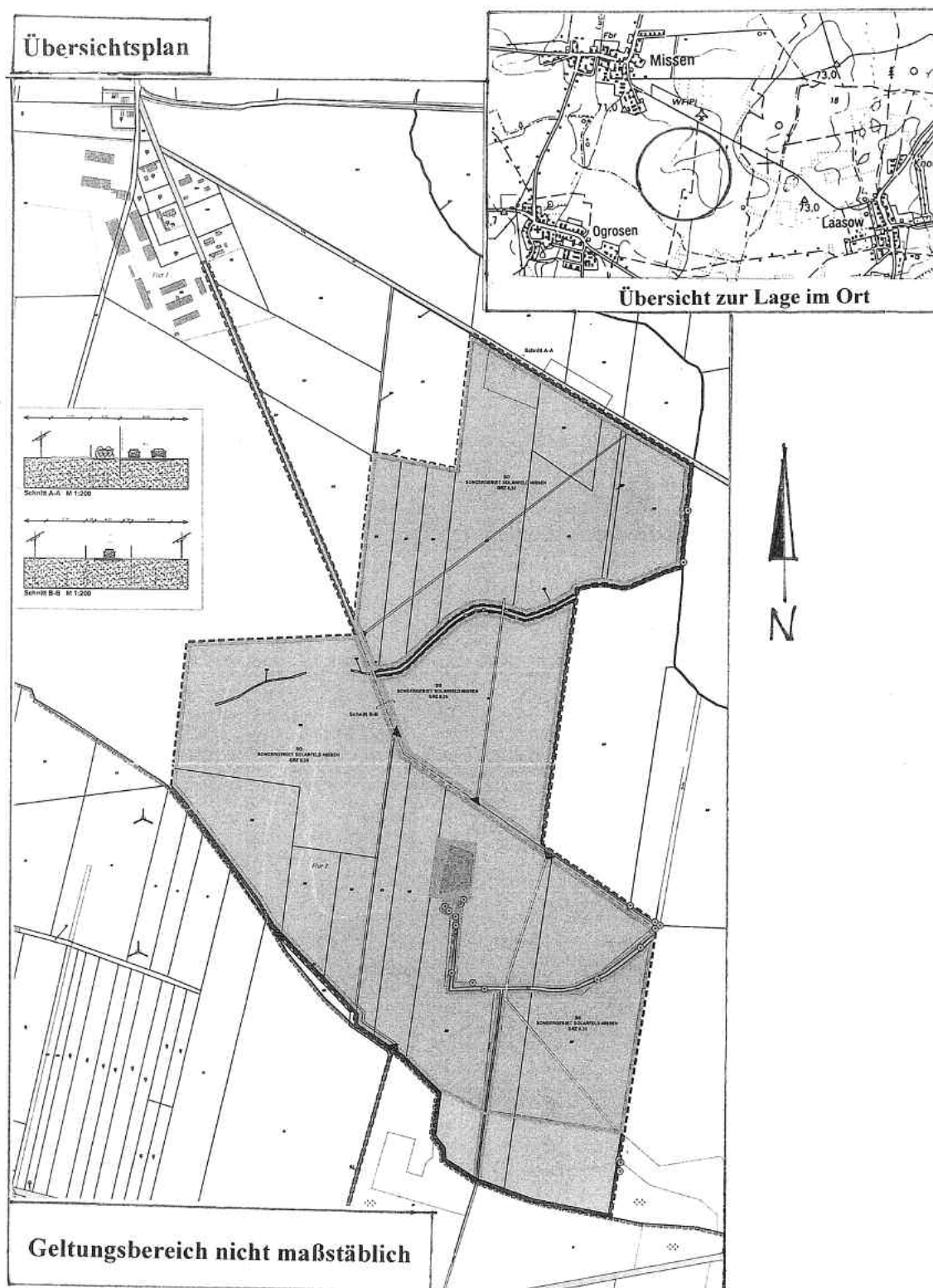
Enthaltung: 1

Vetschau/Spreewald, 11.03.2010

gez. Bengt Kanzler

Bürgermeister

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2/2004 „Solarfeld Missen“ der Stadt Vetschau/Spreewald für den OT Missen - Satzungsbeschluss



Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für das Land Brandenburg für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubeitragsatzung)

Auf Grund der §§ 3 und 28 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23.09.2008 (GVBl. I/08, [Nr. 12], S. 202, 207) in Verbindung mit den §§ 1, 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 08], S. 174 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27.05.2009 (GVBl. I/09, [Nr. 07], S. 160) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald in ihrer Sitzung am 10.12.2009 folgende Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für das Land Brandenburg für Straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubeitragsatzung) beschlossen:

§ 1

Beitragsfähige Maßnahmen (Anlagenbegriff § 8 KAG)

(1) Zum Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, die Erneuerung und Verbesserung von Anlagen im Bereich der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze und als Gegenleistung erhebt die Stadt Vetschau/Spreewald nach Maßgabe dieser Satzung Beiträge von den Grundstückseigentümern, Erbbauberechtigten und Nutzern, denen durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Anlagen wirtschaftliche Vorteile geboten werden, sofern Erschließungsbeiträge nach den §§ 127 ff. BauGB nicht erhoben werden können.

(2) Zu den öffentlichen Anlagen im Sinne dieser Satzung gehören auch Wirtschaftswege, außerhalb der geschlossenen Ortslage (Außenbereich) verlaufende Gemeindeverbindungsstraßen nach § 3 Abs. 4 Nr. 1 BbgStrG, selbständige Grünanlagen und Parkanlagen sowie Immissionsschutzanlagen, sofern diese Anlagen in der Baulast der Stadt stehen.

(3) Die Stadt ermittelt den beitragsfähigen Aufwand jeweils für die einzelne Straßenbaumaßnahme. Der Aufwand kann auch hiervon abweichend für bestimmte Teile einer Maßnahme (Kostenspaltung) oder für einen selbständig nutzbaren Abschnitt einer Maßnahme (Abschnittsbildung) gesondert ermittelt werden.

(4) Inhalt und Umfang der beitragsfähigen Maßnahmen werden durch das Bauprogramm bestimmt. Das Bauprogramm wird durch die Stadt in der Regel formlos festgelegt.

§ 2

Umfang des beitragsfähigen Aufwandes

(1) Beitragsfähig ist insbesondere der Aufwand für

1. den Erwerb (einschließlich Erwerbsnebenkosten) und die Freilegung der für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, die Erneuerung und Verbesserung der für die Anlagen benötigten Grundflächen,
2. den Wert der von der Stadt aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen zum Zeitpunkt des Beginns der Maßnahme sowie die Kosten der Bereitstellung,
3. die Fremdfinanzierung,
4. die Beauftragung Dritter mit der Planung, Bauleitung und Bauüberwachung,
5. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, die Erneuerung und Verbesserung der Fahrbahn mit Unterbau und Decke einschließlich der Anschlüsse an anderen Straßen sowie Aufwendungen und Ersatzleistungen wegen Veränderung des Straßenniveaus,
6. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, die Erneuerung und Verbesserung von
 - a) Rinnen und Bordsteinen,
 - b) Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen,
 - c) Gehwegen,
 - d) Radwegen,
 - e) kombinierten Geh- und Radwegen,
 - f) gemeinsame Geh- und Radwege,
 - g) Beleuchtungseinrichtungen,
 - h) Entwässerungseinrichtungen,
 - i) Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - j) Parkflächen (Stellplatzflächen), einschließlich Standspuren, Haltebuchten und Busbuchten,
 - k) die unbefestigten Rand- und Grünstreifen sowie die unselbständigen Grünanlagen,
 - l) selbständigen Grünanlagen und Parkplatzeinrichtungen,
 - m) die Möblierung, soweit diese Einrichtungen Bestandteil der Anlage und mit dem Grund und Boden fest verbunden sind,
 - n) Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche, einschließlich Unterbau, Oberfläche sowie zur bestimmungsgemäßen Funktion der Anlage notwendige Erhöhungen, Vertiefungen (Niveaueausgleich), Einengungen und die Anschlüsse an andere Anlagen,
 - o) die Umwandlung einer Fahrbahn nebst Gehwegen in eine Fußgängerzone,

p) die Umwandlung einer Fahrbahn nebst Gehwegen in einen verkehrsberuhigten Bereich im Sinne des § 42 Abs. 4a StVO.

(2) Die Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten von Landes- und Kreisstraßen sind nur insoweit beitragsfähig, als sie breiter sind als die anschließenden freien Strecken.

(3) Nicht beitragsfähig sind die Kosten

1. für die laufende Unterhaltung und Instandsetzung der Straßen, Wege und Plätze,
2. für Brücken und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen.

§ 3

Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

(1) Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

§ 4

Anteil der Stadt und der Beitragspflichtigen am Aufwand

(1) Die Stadt trägt den Teil des Aufwandes, der

- a) auf die Inanspruchnahme der Anlagen durch die Allgemeinheit entfällt,
- b) bei der Verteilung des Aufwandes nach § 5 auf ihre eigenen Grundstücke entfällt.

Der übrige Teil des Aufwandes ist von den Beitragspflichtigen zu tragen.

(2) Der zur Abgeltung der Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsanlagen durch die Allgemeinheit auf die Stadt entfallende Anteil am beitragsfähigen Aufwand beträgt:

Anlagen und Teileinrichtungen	Anteil der Stadt in %
1. Anliegerstraßen	
a) Fahrbahn	38
b) Gehweg	38
c) Radweg	38
d) gemeinsamer Geh- und Radweg (Dies gilt auch für Fußwege/Gehwege mit dem Zusatzschild „Frei für Radfahrer“.)	38
e) unselbständige Parkflächen	38
f) unselbständige Grünanlage	38
g) Straßenbeleuchtung	38
h) Straßenentwässerung	38
2. Haupteerschließungsstraßen	
a) Fahrbahn	65
b) Gehweg	40
c) Radweg	55
d) gemeinsamer Geh- und Radweg (Dies gilt auch für Fußwege/Gehwege mit dem Zusatzschild „Frei für Radfahrer“.)	47
e) unselbständige Parkflächen	45
f) unselbständige Grünanlage	45
g) Straßenbeleuchtung	50
h) Straßenentwässerung	50
3. Hauptverkehrsstraßen	
a) Fahrbahn	80
b) Gehweg	50
c) Radweg	80
d) gemeinsamer Geh- und Radweg (Dies gilt auch für Fußwege/Gehwege mit dem Zusatzschild „Frei für Radfahrer“.)	65
e) unselbständige Parkflächen	50
f) unselbständige Grünanlage	50
g) Straßenbeleuchtung	65
h) Straßenentwässerung	65
4. Fußgängerzonen - einschließlich Straßenbeleuchtung und Straßenentwässerung	
a) Umbau einer Anlage zur Fußgängerzone	50
5. Verkehrsberuhigte Bereiche - einschließlich Straßenbeleuchtung und Straßenentwässerung	
	40
6. Selbständige Parkflächen (Stellplätze)	
	40

7. Selbständige Grünanlagen	40
8. Wirtschaftswege und sonstige nicht zum Anbau bestimmte Anlagen	40
9. außerhalb der geschlossenen Ortslage (Außenbereich) verlaufende Gemeindeverbindungsstraßen nach § 3 Abs. 4 Nr. 1 BbgStrG	70

Im Sinne des Absatzes 2 gelten als

1. Anliegerstraßen

Straßen, Wege und Plätze, die ausschließlich oder überwiegend der Erschließung der angrenzenden oder durch private Zuwegung mit ihnen verbundenen Grundstücke dienen;

2. HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßEN

Straßen, Wege und Plätze, die der Erschließung von Grundstücken und gleichzeitig dem Verkehr innerhalb von Baugebieten oder innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen dienen;

3. Hauptverkehrsstraßen

Straßen, Wege und Plätze, die neben der Erschließung von Grundstücken und neben der Aufnahme von innerörtlichem Durchgangsverkehr überwiegend dem überörtlichen Durchgangsverkehr und damit dem Ziel- und Quellverkehr außerhalb des Ortes dienen, insbesondere Kreis- und Landesstraßen;

4. Fußgängerzonen

Straßen, Wege und Plätze, die ausschließlich oder überwiegend die angrenzenden oder die durch private Zuwegung mit ihnen verbundenen Grundstücke erschließen und die in ihrer gesamten Breite dem Fußgängerverkehr dienen, auch wenn ausnahmsweise eine auf den Anliegerverkehr beschränkte Nutzung mit Kraftfahrzeugen zugelassen ist;

5. Verkehrsberuhigte Bereiche

Straßen, Wege und Plätze, die ausschließlich oder überwiegend der Erschließung der angrenzenden oder mit ihnen verbundenen Grundstücke dienen, dabei als Mischfläche ausgestaltet sind und in ihrer ganzen Breite von Fußgängern benutzt und mit Fahrrädern sowie Kraftfahrzeugen befahren werden können;

6. Wirtschaftswege

Feld- und Waldwege, die überwiegend der Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken dienen;

7. Gemeindeverbindungsstraßen

Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage und außerhalb eines Bereiches eines Bebauungsplans festgesetzten Baugebietes, die überwiegend dem Verkehr zwischen benachbarten Gemeinden oder Gemeindeteilen dienen.

(3) Die Stadt kann im Einzelfall vor Entstehen der sachlichen Beitragspflicht durch eine ergänzende Satzung bzw. durch eine Sondersatzung von den Anteilen nach Abs. 2 abweichen und anrechenbare Breiten für die Anlagen festlegen, wenn wichtige Gründe für eine andere Vorteilsbewertung sprechen.

§ 5

Verteilung des umlagefähigen Aufwandes

(1) Der nach den §§ 2 bis 4 ermittelte umlagefähige Aufwand wird auf die Grundstücke, denen durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme ein wirtschaftlicher Vorteil im Zeitpunkt des Entstehens der sachlichen Beitragspflicht geboten wird, nach deren Flächen verteilt (berücksichtigungsfähige Grundstücke). Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der Grundstücke nach Art und Maß berücksichtigt. Die Verteilung des Aufwands auf diese Grundstücke erfolgt im Verhältnis der Nutzflächen, die sich für diese Grundstücke aus der Vervielfachung der maßgeblichen Grundstücksfläche mit dem nach den §§ 6 und 7 maßgeblichen Nutzungsfaktor ergeben.

(2) Soweit Flächen berücksichtigungsfähiger Grundstücke baulich oder gewerblich nutzbar sind, richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach § 6. Für die übrigen Flächen einschließlich der im Außenbereich liegenden Teilflächen jenseits einer Bebauungsgrenze, einer Tiefenbegrenzungslinie oder der Grenze einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB - richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach § 7.

(3) Als baulich oder gewerblich nutzbar gilt bei berücksichtigungsfähigen Grundstücken,

1. die insgesamt oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles oder im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks;
2. nur die Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes;
3. die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen und bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, die Fläche im Satzungsbereich;
4. für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht,
 - a) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstückes,
 - b) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die im Innenbereich liegende Fläche.
- (4) Bei berücksichtigungsfähigen Grundstücken, die
 - a) nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten, Kleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles so genutzt werden, oder
 - b) ganz bzw. teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (z. B. landwirtschaftliche Nutzung), ist die Gesamtfläche des Grundstückes bzw. die Fläche des Grundstückes zugrunde zu legen, die von den Regelungen in Abs. 3 nicht erfasst wird.
- (5) Bei Grundstücken, die nicht nur durch die abzurechnende Anlage oder Teilanlage, sondern zusätzlich durch eine oder mehrere andere Anlagen oder Teilanlagen erschlossen werden, wird der Beitrag nur zu zwei Dritteln erhoben.
- (6) Grenzt ein Grundstück an zwei Abschnitte und wird es von beiden Abschnitten erschlossen, ist diesem Umstand bei der Verteilung des für die beiden Abschnitte entstandenen Aufwands dadurch Rechnung zu tragen, dass das Grundstück rechnerisch geteilt und entsprechend dem Anteil der angrenzenden Frontlängen jeweils bei der Aufwandsverteilung der beiden Abschnitte berücksichtigt wird.

§ 6

Nutzungsfaktoren für Baulandgrundstücke

- (1) Der maßgebliche Nutzungsfaktor bei berücksichtigungsfähigen Grundstücken, die baulich oder gewerblich nutzbar sind, wird durch die Zahl der Vollgeschosse bestimmt. Als Vollgeschosse gelten alle Geschosse, die laut den Vorschriften der Brandenburgischen Bauordnung Vollgeschosse sind. Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt. Besteht im Einzelfall wegen der Besonderheiten des Bauwerks in ihm kein Vollgeschoss im Sinne von Satz 2, so werden bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken je 3,50 m und bei allen in anderer Weise genutzten Grundstücken je 2,30 m Höhe des Bauwerks, Traufhöhe, als ein Vollgeschoss gerechnet.
- (2) Der Nutzungsfaktor beträgt bei einem Vollgeschoss 1,0 und erhöht sich je weiteres Vollgeschoss um 0,25.
- (3) Als Zahl der Vollgeschosse gilt - jeweils bezogen auf die in § 5 Abs. 3 bestimmten Flächen - bei Grundstücken,
1. die ganz oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2),
 - a) die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse,
 - b) für die im Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i. S. von § 11 Abs. 3

- BauNVO die durch 3,5 und in allen anderen Baugebieten die durch 2,3 geteilte höchstzulässige Gebäudehöhe, Traufhöhe, auf ganze Zahlen abgerundet,
- c) für die im Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Höhe der baulichen Anlagen, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl auf ganze Zahlen abgerundet,
- d) auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene,
- e) für die im Bebauungsplan gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von einem Vollgeschoss,
- f) für die im Bebauungsplan industrielle Nutzung ohne Bebauung festgesetzt ist, die Zahl von zwei Vollgeschossen,
2. auf denen die Zahl der Vollgeschosse nach Nr. 1 lit. a) bis lit. d) - f) oder die Höhe der baulichen Anlagen bzw. die Baumassenzahl nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c) überschritten wird, die tatsächlich vorhandene Zahl der Vollgeschosse bzw. die sich nach der tatsächlich vorhandenen Bebauung ergebenden Berechnungswerte nach Nr. 1 lit. b) bzw. lit. c);
3. für die kein Bebauungsplan besteht, die aber ganz oder teilweise innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles liegen (§ 5 Abs. 3 Nr. 3 und Nr. 4), wenn sie
- a) bebaut sind, die höchste Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse, mindestens jedoch die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
- b) un bebaut sind, die Zahl der in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse.
- (4) Der sich aus Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 ergebende Nutzungsfaktor wird vervielfacht mit
- a) 1,5; wenn das Grundstück innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles gem. § 34 BauGB oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Wohngebietes (§ 3, § 4 und § 4a BauNVO), Dorfgebietes (§ 5 BauNVO) oder Mischgebietes (§ 6 BauNVO) überwiegend gewerblich oder überwiegend in einer der gewerblichen Nutzung ähnlichen Weise (z. B. Verwaltungs-, Schul-, Post- und Bahnhofsgebäude, Praxen für freie Berufe) tatsächlich genutzt wird;
- b) 2,0; wenn das Grundstück innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles gem. § 34 BauGB oder durch Bebauungsplan ausgewiesenen Gewerbegebietes (§ 8 BauNVO), Industriegebietes (§ 9 BauNVO) oder Sondergebietes (§ 11 BauNVO) liegt und tatsächlich gewerblich genutzt wird.

§ 7

Nutzungsfaktoren für Grundstücke mit sonstiger Nutzung

- (1) Für die Flächen nach § 5 Abs. 4 gelten als Nutzungsfaktoren bei Grundstücken, die
1. aufgrund entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten, Kleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles so genutzt werden 0,5
2. ganz oder teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (z. B. landwirtschaftliche Nutzung), wenn
- a) sie ohne Bebauung sind, bei
- a)a) Waldbestand oder nutzbaren Wasserflächen 0,0167
- b)b) Nutzung als Grün-, Acker- oder Gartenland 0,0333
- c)c) gewerblicher Nutzung (z. B. Bodenabbau) 1,0
- b) sie in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden (z. B. Friedhöfe, Sport- und Festplätze, Freibäder, Dauerkleingärten, Kleingärten, Campingplätze ohne Bebauung) 0,5
- c) auf ihnen Wohnbebauung, landwirtschaftliche Hofstellen oder landwirtschaftliche Nebengebäude (z. B. Feldscheunen) **oder andere bauliche Anlagen** vorhanden sind,

- für die bebaute und dieser Bebauung zuzurechnende Teilfläche mit Zuschlägen von je 0,25 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt lit. a), 1,0
- d) sie als Campingplatz genutzt werden und eine Bebauung besteht, für die bebaute und dieser Bebauung zuzurechnende Teilfläche mit Zuschlägen von je 0,25 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt lit. b), 1,0
- e) sie gewerblich genutzt und bebaut sind, für die bebaute und dieser Bebauung zuzurechnende Teilfläche mit Zuschlägen von je 0,375 für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss, für die Restfläche gilt lit. a), 1,5
- (2) Die Bestimmung des Vollgeschosses richtet sich nach § 6 Abs. 1.

§ 8

Abschnitte von Anlagen

- (1) Für selbständig benutzbare Abschnitte einer Anlage kann der Aufwand selbständig ermittelt und erhoben werden.
- (2) Erstreckt sich eine straßenbauliche Maßnahme auf mehrere Straßenabschnitte, für die sich nach § 4 Abs. 2 unterschiedliche Anteile der Stadt ergeben, so sind die Straßenabschnitte gesondert abzurechnen.

§ 9

Kostenspaltung

Der Beitrag kann für

1. Grunderwerb
 2. Freilegung
 3. Fahrbahn
 4. Radwege
 5. Gehwege
 6. gemeinsame Geh- und Radwege
 7. kombinierte Geh- und Radwege
 8. Parkflächen
 9. Beleuchtung
 10. Oberflächenentwässerung
 11. unselbständige Grünanlagen
- gesondert erhoben und in beliebiger Reihenfolge umgelegt werden.

§ 10

Vorausleistung und Ablösung

- (1) Sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist, kann die Stadt Vorausleistungen in angemessener Höhe erheben, höchstens jedoch bis zur Höhe des voraussichtlichen Beitrages.
- (2) Der Straßenbaubeitrag kann durch öffentlich-rechtlichen Vertrag abgelöst werden. Der Ablösebetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe dieser Satzung zu ermittelnden Straßenbaubeitrages. Ein Anspruch auf Abschluss des Ablösevertrages besteht nicht.

§ 11

Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist.
- (2) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- (3) Besteht für das Grundstück ein Nutzungsrecht, so tritt der Nutzer an die Stelle des Eigentümers. Nutzer sind die in § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2457) genannten natürlichen oder juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts. Die Beitragspflicht dieses Personenkreises entsteht nur, wenn zum Zeitpunkt des Erlasses des Beitragsbescheides das Wahlrecht über die Bestellung eines Erbbaurechts oder den Ankauf des Grundstückes gemäß den §§ 15 und 16 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes bereits ausgeübt und gegen den Anspruch des Nutzers keine nach dem

Sachenrechtsbereinigungsgesetz statthaften Einreden und Einwendungen geltend gemacht worden sind; anderenfalls bleibt die Beitragspflicht des Grundstückseigentümers unberührt.

(4) Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigter und Nutzer sind verpflichtet, alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und unverzüglich nach Aufforderung durch die Gemeinde zu machen und nachzuweisen. Sie haben bei örtlichen Feststellungen der Stadt die notwendige Unterstützung zu gewähren.

(5) Mehrere Eigentümer, Erbbauberechtigte und Nutzer haften als Gesamtschuldner.

§ 12 Fälligkeit

(1) Beiträge und Vorausleistungen bis zu 500,00 € sind in einer Summe zu zahlen, dieser Betrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

(2) Beiträge und Vorausleistungen ab 500,00 € bis 4.000,00 € sind in zwei Raten je zur Hälfte zu zahlen, die erste Rate wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig, die zweite Rate wird ein Jahr nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

(3) Beiträge und Vorausleistungen über 4.000,00 € sind in drei Raten je zu einem Drittel innerhalb von drei Jahren zu zahlen, die erste Rate wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig, die zweite Rate wird ein Jahr nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig, die dritte Rate wird zwei Jahre nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt einen Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für das Land Brandenburg für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubeitragsatzung) vom 30.11.2007 außer Kraft.

Vetschau Spreewald, 27. Jan. 2010



Bürgermeister
Bürgermeister



Amtliche Bekanntmachung des Wahlleiters

Berufung einer Ersatzperson gemäß § 60 des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg (BbgKWahlG)

Der Bewerber/Ersatzkandidat der Wählergruppe Ortsteile (WGO) bei der Kommunalwahl am 28.09.2008, Herr Rainer Daniel, hat auf sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald mit Wirkung ab 01.03.10 verzichtet.

Gemäß der §§ 59 und 60 BbgKWahlG stelle ich fest, dass Herr Rainer Daniel, wohnhaft in 03226 Vetschau/Spreewald, OT Naundorf, Naundorf Ausbau 7 infolge des Verzichtes, seinen bei der Kommunalwahl am 28.09.2008 erworbenen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald ab 01.03.2010 verloren hat. Aufgrund des § 60 BbgKWahlG Abs. 6 stelle ich fest, dass der Sitz von Herrn Rainer Daniel (WGO) in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/Spreewald auf die Ersatzperson für den Wahlvorschlag der WGO, Herr Ulrich Lagemann, wohnhaft in 03226 Vetschau/Spreewald, OT Raddusch, Querweg 4B mit Wirkung zum 01.03.2010 übergegangen ist.

Vetschau/Spreewald, 11.03.2010



Egon Turkowski
Wahlleiter

Amtliche Bekanntmachung des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe

Öffentliche Bekanntmachung eines Antrags nach § 9 Absatz 4 Grundbuchbereinigungsgesetz in der Gemarkung Vetschau im Bereich der Stadt Vetschau/Spreewald

Die Firma SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Nordparkstraße 30 in 03044 Cottbus, hat mit Datum vom 01. Februar 2010, eingegangen am 10. Februar 2010, einen Antrag auf Bescheinigung von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten zum Besitz und Betrieb sowie zur Unterhaltung und Erneuerung eines bereits bestehenden Gasversorgungssystems (ND/MD - Gasversorgungssystem der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH im Stadtgebiet Vetschau) nebst Einrichtungen und Zubehör bzw. Neben- und Sonderanlagen für Grundstücke in der Gemarkung Vetschau in der Stadt Vetschau/Spreewald gestellt. Dieser Antrag wird beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) unter dem Aktenzeichen 09.53 - 1314 geführt.

Der Antrag wird hiermit gemäß § 9 Absatz 4 Satz 2 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG) vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2192), zuletzt geändert durch Artikel 63 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304), in Verbindung mit § 7 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechts-Durchführungsverordnung, SachenR-DV) vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900) öffentlich bekannt gemacht.

Auslegung:

Die Antragsunterlagen können von den Berechtigten innerhalb von vier Wochen nach dem ersten Tag der Veröffentlichung im Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (Haus 8A, Zimmer 218), Heinrich-Mann-Allee 107 in 14473 Potsdam, nach Terminvereinbarung unter (03 31) 86 6- 16 84 oder 16 86 (montags bis donnerstags in der Zeit von 08.00 bis 15.00 Uhr und freitags in der Zeit von 08.00 bis 12.00 Uhr) - bzw. nach vorheriger Absprache auch außerhalb dieser Zeiten - eingesehen werden. Die Frage, ob ein Grundstück betroffen ist, kann vorab unter Angabe der Gemarkung, Flur und Flurstücknummer telefonisch geklärt werden.

Hinweis zum Einlegen von Widersprüchen:

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 GBBerG ist von Gesetzes wegen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 genutzten und am 25. Dezember 1993 betriebenen Energieanlagen entstanden. Durch diese beschränkte persönliche Dienstbarkeit wird der Stand vom 3. Oktober 1990 dokumentiert. Alle danach eingetretenen Veränderungen, die die Nutzung des Grundstücks über das am 3. Oktober 1990 gegebene Maß hinaus beeinträchtigen, müssen durch einen zivilrechtlichen Vertrag zwischen dem Versorgungsunternehmen und dem Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder sonstigen dinglich Berechtigten an dem Grundstück geregelt werden.

Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundbuches erteilt wird. Ein in der Sache begründeter Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die Anlage bzw. Leitung am 3. Oktober 1990 nicht genutzt und/oder am 25. Dezember 1993 vom Energieversorgungsunternehmen oder dessen Rechtsnachfolger nicht betrieben worden ist oder dass die in den Unterlagen dargestellte Leitungsführung fehlerhaft (also anders als vom Unternehmen) dargestellt ist.

Der Widerspruch kann innerhalb von vier Wochen nach dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung bei der Außenstelle Grundbuchbereinigung des LBGR im Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Heinrich-Mann-Allee 107 in 14473 Potsdam durch den Berechtigten (Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigter usw.) schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden. Wir möchten Sie bitten, nur in wirklich begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Potsdam, 25. Februar 2010

Im Auftrag
Grunenberg

